№ 52. — 6. Jahrgang.

Abonnementspreis:
Der unparteiische — jeden Wochentag Abend (mit dem Datum des folgenden Tages) zur Versendung gelangende — Landes-Anzeiger mit Beiblättern kostet monatlich 60 Pfg. bei den Ausgabestellen in Chemnitz und den Vororten, sowie bei der Post. (Eingetragen unter Nr. 4633.) Im 4. Quartal erscheint für Abonnenten Jahresduch (Weihnachtsbeigabe) d. Anzeigers.

Verlag: Alexander Wiede, Buchdruckerei, Chemnitz.

Sächsischer

Landes-Anzeiger

mit „Chemnitzer Stadt-Anzeiger".

Donnerstag, 4. März 1886.

Insertionspreis:
Raum einer schmalen Korpuszeile 15 Pfg.; — Reklame (1spaltige Petitzeile) 30 Pfg. — Bei Wiederholung großer Annoncen Rabatt. Bei Bestellungen von Auswärts wolle man Insertionsbetrag (in Briefmarken) beifügen (je 8 Silben Korpusschrift bilden ca. 1 Zeile). Annoncenannahme: nur bis Vormittag.

Expedition und Redaktion: Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.
Telegramm-Adr.: Wiede's Anzeiger, Chemnitz.
Fernsprechstelle Nr. 136.

Beiblätter: „Tägliches Unterhaltungsblatt" und humoristisch illustrirtes Sonntagsblatt „Lustiges Bilderbuch".

Amtliche Bekanntmachungen sächsischer Behörden.

Im Handelsregister für den Stadtbezirk des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute auf Folium 2861 die am 8. Februar 1886 errichtete Firma Blume u. Werner in Chemnitz (Zschopauerstraße Nr. 22) eingetragen und zugleich verlautbart, daß der Architect Herr Ernst Johannes Blume und der Kaufmann Herr William Paul Werner daselbst, Besitzer eines Ziegelfabrikations- und Baumaterialien-Handelsgeschäfts, Inhaber der Firma sind.

Chemnitz, am 1. März 1886. Königliches Amtsgericht.

Im Handelsregister für den Stadtbezirk des unterzeichneten Amtsgerichts wurde heute auf Folium 1354 verlautbart, daß Herr Bernhard Müller aus der Handelsgesellschaft unter der Firma Müller u. Heuschkel in Chemnitz, welche den Charakter einer Zweigniederlassung verloren hat, ausgeschieden und dadurch das Gesellschaftsverhältniß aufgelöst ist, sowie, daß der seitherige Mitinhaber, der Kaufmann Herr Karl Gottlob Edmund Heuschkel in Chemnitz, das Handelsgeschäft der aufgelösten Gesellschaft unter der Firma Edmund Heuschkel weiterführt.

Chemnitz, am 1. März 1886. Königliches Amtsgericht.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des ausgetretenen Handelsmanns David Heinrich Gustav Brockmann in Chemnitz ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichniß der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwerthbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf den 29. März 1886, Vormittags 10 Uhr vor dem Königlichen Amtsgerichte hierselbst bestimmt.

Chemnitz, den 1. März 1886.
Pötzsch, Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Telegraphische Nachrichten.

Vom 2. März.

Berlin. Der Rücktritt des französischen Botschafters Courcel vom hiesigen Posten und aus dem Staatsdienste überhaupt soll zweifellos sein; anscheinend wurde in Paris sein treffliches persönliches Verhältniß zum Reichskanzler mißdeutet. — Eine Anzahl ostpreußischer Spiritusbrenner petitionirt beim Bundesrath und Reichstag um ein Rohspiritusmonopol; der Staat soll sogleich als Käufer auftreten.

Braunschweig. Der Landtag lehnte nach dreistündiger Debatte in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 21 Stimmen trotz dringender Befürwortung vom Ministertische sämmtliche Anträge auf Restaurirung der Burg Dankwarderode ab.

Frankfurt a. M. Der Große Rath von Thurgau nahm, wie der „F. Ztg." aus Zürich telegraphirt wird, eine Eingabe an, welche vom Bundesrath die Kündigung des Handelsvertrages mit Deutschland fordert.

Baden-Baden. Die österreichische Kaiserin und die Erzherzogin Valerie sind zu sechswöchentlichem Aufenthalte heute früh mit einem Extrazug von Wien hier eingetroffen. Sie sind in der Villa Wilhelm bei Messmer abgestiegen.

Wien. Der König von Griechenland lehnte die Demission Delyannis ab.

Wien. Es wird hier befürchtet, daß die hartnäckige Weigerung Garaschanins, dem türkischen Vertragsentwurf, welcher die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien fordert, zuzustimmen, den Frieden scheitern lassen könnte.

Wien. In Folge der gleichzeitigen Erhöhung des Einfuhrzolles und der Fabrikationssteuer für Spiritus hat an der österreichisch-italienischen Grenze, namentlich vor Verona und Brescia, der Schmuggel dieses Artikels den großartigsten Aufschwung genommen. Man berechnet, nach einer heutigen Meldung der „W. F. P." aus Rom, daß in einem Monate mehr als 6000 Hectoliter eingeschmuggelt wurden und dem Staate ein Schaden von 900,000 Lire zugefügt wurde. Um dieses auch die einheimische Industrie schwer treffende Uebel zu bekämpfen, wurde durch ein Regierungsdecret die Zollgrenze im Inlande erweitert und im Finanzentwurfe vorgeschlagen, den Finanzbehörden auch im Innern des Landes die Befugniß zu ertheilen, von den Händlern Zollbescheinigungen zu fordern. Um aber den Schmuggel mit der Wurzel auszurotten, will man mit Oesterreich über eine Aenderung des Artikels 7 des Zollcartells verhandeln. Der Artikel bestimmt, daß innerhalb der Zollgrenze fremde, nicht nationalisirte Waaren gegen Geldpfand oder in Zollmagazinen eingelagert werden dürfen. Man hegt nun den Wunsch, daß das Verbot sich auch auf österreichische Waaren erstrecke, so weit dieselben nicht den inneren Consumbedarf zu decken bestimmt seien und verlangt auf Grund der Meistbegünstigungs-Clausel die Anwendung des deutsch-österreichischen Zolltarifes auf die Verhältnisse der italienisch-österreichischen Grenze. Die Instructionen sind diesbezüglich an den Wiener Botschafter abgegangen.

Pest. In der Sonntag Nacht drang eine Räuberbande in das Directions-Gebäude des Vulkojer Goldbergwerkes in Siebenbürgen und raubte 32 Kilogramm Gold (gegen 90,000 Mark), den gesammten Kassavorrath. Den Director Dieterlin schleppten die Verbrecher mit. Derselbe wurde Tags darauf schwer verwundet in hoffnungslosem Zustande aufgefunden. Die Gendarmerie forscht nach den Thätern.

Brünn. Die hiesige Tuchcommissions-Firma Kallab u. Haller hat die Zahlungen eingestellt. Die Passiven betragen mehr als eine Viertelmillion Gulden (directe Passiva 198,000 fl., Giro 60,000 fl.) Als Grund des Fallimentes werden plötzliche Entziehung des Bankcredites und große Verluste angegeben. Ein Ausgleich wird angestrebt.

Paris. Im heutigen Ministerrath bestätigte Herr v. Freycinet, daß das Einvernehmen zwischen Serbien und Bulgarien hergestellt sei. — Nachrichten aus Decazeville zufolge ist die dortige Lage unverändert, weder die Gesellschaft noch die Arbeiter zeigen sich geneigt, nachzugeben. Die Regierung beschränkt sich auf eine neutrale, lediglich auf die Wahrung der öffentlichen Ordnung gerichtete Haltung.

Bukarest. Mijatovic erhielt ein Telegramm Garaschanin's, wonach die serbische Regierung die neuen von der Türkei vorgeschlagenen Artikel annimmt. Mahjid Pascha und Geschow erhielten entsprechende Mittheilungen ihrer Regierungen. Man erwartet, daß der Friedensvertrag morgen fertiggestellt sein werde.

Ala. Wie in Neapel ist seit gestern auch in Foggia unter circa 1000 Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten ein Streik ausgebrochen. Mehrere Verhaftungen wurden heute vorgenommen.

Politische Rundschau.

Chemnitz, den 3. März.

Deutsches Reich. Morgen wird im Reichstag die erste Berathung der Branntweinmonopolvorlage beginnen und es wird sicher eine ganze Reihe von großen Sitzungen geben. Fürst Bismarck wird erscheinen, falls er sich wohl genug fühlt. Als Resultat der ersten Lesung kann man die Verweisung der Vorlage an eine Commission annehmen, die vom Centrum beantragt werden wird und der auch Nationalliberale und Conservative zustimmen werden. Die Freisinnigen fordern sofortige Ablehnung. An eine Annahme der Vorlage ist nach wie vor schwerlich zu denken, das schließt aber keineswegs aus, daß die Verhandlungen eine Reihe von sehr interessanten Momenten bieten werden.

— Seitens der deutschen Regierung sind Schritte geschehen, um die Einfuhr deutscher Produkte nach Serbien zu erleichtern. Es handelt sich dabei um die Gleichstellung der Einfuhrbegünstigungen der deutschen Firmen in Triest und Fiume aus den österreichisch ungarischen Freihafengebieten nach Serbien mit den Einfuhrrechten österreichischer Unterthansfirmen, welche letztere nach einem Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Serbien Begünstigungen im Grenzverkehr genießen. Bis jetzt haben die Unterhandlungen zu keinem Resultate geführt. Die Meldung der Ablehnung der deutschen Wünsche seitens Serbiens ist indeß verfrüht.

— Die Frage der Mischehen wird gegenwärtig einer genauen Prüfung unterzogen. Dem Vernehmen nach ist gelegentlich der Bearbeitung der Volkszählungsergebnisse bestimmt, auf Grund der in den Zählkarten enthaltenen Angaben genaue statistische Daten über die Zahl der im deutschen Reiche bestehenden Mischehen, über die confessionellen Verhältnisse und namentlich darüber aufzustellen, in welcher Confession die Kinder aus gemischter Ehe erzogen werden.

— Die Revanchelust der galizischen Gewerbetreibenden ruft bei den in Preußen ansässigen polnischen Geschäftsleuten Besorgnisse wach. An die Lemberger und Krakauer Handelsgesellschaften sind, der „Schles. Volksztg.", aus Preußen Vorstellungen dahin gerichtet worden, die galizischen Geschäftsleute möchten aus Rücksicht auf ihre in Preußen wohnhaften polnischen Collegen ihre Agitation für die Lösung der Handelsbeziehungen mit deutschen Firmen aufgeben. Die Deutschen könnten sonst ihre Beziehungen zu inländischen polnischen Firmen ebenfalls lösen. Sollten aber polnische Firmen in Preußen ausschließlich auf polnische Kundschaft angewiesen sein, so könnten sie nicht fortbestehen.

Oesterreich-Ungarn. Auch das noch! Der österreichische Kriegsminister wird, wie das Gerücht in czechischen Blättern geht, an die Volksvertretung mit einer Creditforderung für die Neuanschaffung von Repetirgewehren herantreten. Das alte Gewehrmaterial soll für den Landsturm verwendet werden.

England. Die englischen Missionen im Auslande sind nicht billig. Nach Kairo ist als außerordentlicher englischer Bevollmächtigter bekanntlich Sir Wolffs entsandt worden. Der Herr hat bisher allein 80,000 Mark für Depeschen ausgegeben.

Rußland. Die Russen besetzen jetzt ihre neue Grenze gegen Afghanistan und richten dort ihre Verwaltung ein. Namentlich ist das der Fall in dem Orte Pendjeh gewesen, wo vor einem Jahre das Zusammentreffen zwischen Russen und Afghanen stattfand, das beinahe einen russisch-englischen Krieg zur Folge gehabt hätte. — Der Kampf um die Russificirung der deutschen Ostseeprovinzen nimmt seinen Fortgang; namentlich erweisen sich die Russen auf kirchlichem Gebiet äußerst rührig, die Leute werden gemaßregelt und chikanirt, bis sie zur russischen Kirche übertreten, und der Bau protestantischer Kirchen und Bethäuser wird verboten.

Spanien. Eine ganze Reihe von Anzeichen für die ungemeine Thätigkeit der Revolutionäre liegen vor, von denen die Regierung so viel wie möglich geheim zu halten sich bemüht. So sind in verschiedenen Provinzialorten Waffendepots, Dynamitpatronen und republikanische Abzeichen gefunden worden und infolgedessen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. In Barcelona meuterte eine Schaar Rekruten, in der Provinz Alicante wurden aufrührerische Rufe laut, in Madrid waren republikanische Proclamationen angeschlagen, in Valencia wurde der Sohn des Generals Ferrer verhaftet, während sehr compromittirende Papiere bei ihm beschlagnahmt wurden. Und in diesem Tone geht es fort.

Orient. Das Friedensabkommen zwischen Serbien und Bulgarien ist am 1. März in Bukarest perfect geworden. Folgende Meldung liegt darüber aus der rumänischen Hauptstadt vor: Der türkische Gesandte hat folgenden einzigen Artikel für den Friedensvertrag vorgeschlagen: Der Friede zwischen Serbien und Bulgarien ist vom Tage der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages an wieder hergestellt. Die Ratificationen werden in Bukarest innerhalb 14 Tagen, wenn möglich früher, ausgewechselt. Der serbische Ministerpräsident Garaschanin hat diesem Vorschlage zugestimmt, den serbischen Vertreter Mijatovic entsprechend instruirt und den Vertretern der Mächte hierüber Mittheilung gemacht. Damit ist der Lärm also endlich vorbei! — Der Herzog von Edinburg, der zweite Sohn der Königin von England, hat das Obercommando über die europäische Demonstrationsflotte in der Sudabay übernommen. Griechenland rührt sich noch immer nicht, die Regierung weiß entweder nicht, was sie anfangen soll, oder sie trägt sich mit eitlen Hoffnungen, es werde schließlich doch noch ein fetter Bissen von der Türkei für Griechenland abfallen, um dies wenigstens für die kostspieligen Rüstungen zu entschädigen. Daraus wird nun freilich später ebenso wenig etwas, wie es bisher der Fall gewesen ist. In Athen herrscht andauernd große Aufregung, man schimpft vor Allem auf die Regierung, welche das schöne Geld zum Fenster hinausgeworfen, und deren Blätter zu beweisen suchen, daß das Ministerium Alles gethan, was zu thun gewesen, daß man die Absicht gehabt habe, mit Hülfe der Flotte in Macedonien einzufallen, während zu Lande eine Vertheidigungsstellung eingenommen werden sollte, daß aber nun die schönsten Pläne zu nichte geworden sind! — Der deutsche Vertreter theilte der griechischen Regierung mit, sie habe auf Gladstone's Schutz nicht zu hoffen, weil zwischen dem Ministerpräsidenten Delyannis und dem englischen Gesandten sehr gespannte Beziehungen obwalten.

Sächsischer Landtag.

Die Sitzung der Zweiten Kammer begann gestern 11 Uhr Vormittags. Auf der Tagesordnung steht: Der Bericht der Finanzdeputation A über einen Theil des Etats der Zuschüsse, betr. das Departement des Innern und der Nachtrag zu einigen Capiteln. Zum Capitel Ministerium des Innern beschwert sich Abg. Kaden über polizeiliche Belästigungen, welche ihm widerfahren seien. Auf alle seine Beschwerden habe er keine Abhülfe erlangt. Er habe nun der Gendarmerie auch seinen Laden verboten. Auf der Polizei sei er nun deswegen verwarnt worden. Sodann beschwert er sich über ein Versammlungsverbot, sowie verschiedene Fälle von Entziehung des Wortes in Versammlungen, ferner über eine Haussuchung, die bei ihm in ungesetzlicher Weise vorgenommen sei. Ihm sei ferner Privateigenthum an Büchern, Broschüren 2c. fortgenommen worden. — Alsdann beschwerte er sich über das Vorgehen der Polizei gegen den Unterstützungsverein des Cigarrenarbeiter, wodurch das Ministerium Vagabunden erzöge. (Der Präsident ruft den Redner deswegen zur Ordnung.) Er beschwert sich weiter über das Auftreten des Dresdner Amtshauptmanns bei den Wahlen. Minister von Nostitz-Wallwitz: Der Vortragende hätte aus seinen (Redners) Ausführungen bei der Mobiliarversicherung den Schluß gezogen, er spreche sich gegen polizeiliche Einmischung aus, diese Parallele träfe gar nicht zu. Die Anschuldigungen von jener Seite seien fast stets colossal übertrieben oder beruhten auf gar keinen thatsächlichen Grundlagen. Auf die eben vorgebrachten Beschwerden dürfte wohl kaum eine Aenderung eintreten. Er fände alle die Verfügungen und Maßnahmen, wegen deren sich der Abgeordnete beschwert habe, durchaus begründet. Mehrere der Fälle gehörten vor das Ressort der Justiz. Außerdem erschienen ihm viele der Angaben recht unwahrscheinlich. Abg. Bebel. Die Antwort des Ministers sei recht schwach gewesen. Wenn man hier Klagen vorbrächte, so thäte man es nur deshalb, damit dieselben über den Raum dieser Kammer hinausgingen. Es ginge übrigens sehr vielen Personen, welche in der Socialdemokratie eine Rolle spielten, ähnlich wie dem Abg. Kaden. Im XIX. Wahlkreise wurden wiederum zahlreiche Wahlbeeinflussungen verübt. Ueberall käme, wo eine Parteiversammlung sei, die Gendarmerie der ganzen Umgegend zusammen, so daß man gegen Spitzbuben 2c. schutzlos sei. Bis jetzt sei dazu noch kein Grund vorhanden gewesen. — Als der Arbeiterbildungsverein im vorigen Jahre ein Sommerfest hätte feiern wollen, hätte derselbe kein Local bekommen können. — Unter Beust's Leitung seien politischen Agitationen bei Weitem nicht soviel Hindernisse in den Weg gelegt worden, als es jetzt geschehe. Es herrschte jetzt die reine Willkür bei Verboten von Versammlungen 2c. Auch bei Streiks schreitet die Polizei in übermäßiger Weise ein. Gegen den Volksbildungsverein richte sich das Vorgehen der Polizei ganz hervorragend. Daraus sehe man, wie die Polizei dem Bestreben nach Bildung entgegen sei. Er glaube, daß man wohl diesen Uebelständen entgegentreten müsse. Geh. Rath v. Ehrenstein: Er habe der letzten Reichstagswahl nahe gestanden, die Beobachtungen dort hätten zu einer völligen Rechtfertigung der Regierung geführt. Nur acht Proteste, darunter sieben von socialistischer Seite seien eingereicht worden, nur wegen einer seien Erhebungen angestellt worden, dieselben hätten jedoch nicht zur Aufhebung der Wahl geführt. Die Prüfungen seien sehr scharfe gewesen, wenn nochmals jetzt Beschwerden vorgebracht seien, so berufe er sich auf das Zeugniß der Reichstagswahlprüfungscommission, dafür, daß in Sachsen von der Regierung sehr loyal verfahren sei. — Im Reichstage seien von Viereck Beschwerden über Thatsachen gebracht worden, die dazu keinen Anlaß gegeben hätten. Er sei im Reichstage Viereck nicht entgegen getreten, weil derselbe keine wirklich begründeten Vorwürfe gebracht habe. Abg. Günther: Die gesammte Fülle der Beschwerdegründe ließen sich auf das doch immer noch gültige Socialistengesetz zurückführen. Man könne sich im Allgemeinen der Zustände in Sachsen erfreuen, soweit sie nicht von den Socialdemokraten untergraben seien. Die Socialdemokraten mißbrauchten die Geduld der Kammer in ausgedehntester Weise. Die Herren möchten doch ihre Agitationen draußen treiben. Die ganze Rede Bebels sei eine parlamentarische Klatscherei gewesen. Man müsse sich auf irgend eine Weise gegen die Agitation der Socialdemokraten wahren. (Allseitiges Bravo.) Abg. Stolle: Er frage, wie sich das Ministerium zur Auflösung der Unterstützungsvereine stelle, die doch am besten dem Vagabundenwesen entgegenträten. — Das Wahlgesetz würde vielfach illusorisch gemacht. Minister v. Nostitz-Wallwitz: Er mache den Abg. Stolle darauf aufmerksam, daß er sich bei seiner Anfrage eines höflicheren Tones bedienen möge. Sonst würde er ihn auf den Weg der Interpellation verweisen. Die Unterstützungsvereine seien von Polizeiwegen nicht aus Willkür, sondern gesetzmäßig verboten worden. Einwirkungen auf die Wirthe betreffs der Wahlversammlungen würden nicht gemacht. — Nach Schluß der Debatte wird die Position der Vorlage angenommen. Die Position der Kreishauptmannschaften wird nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Herrmann und v. Polenz angenommen. Hierauf wird das Cap. der Amtshauptmannschaften und Delegationen zu Sayda nach der Vorlage bewilligt. Für die Kunstacademie und Kunstgewerbeschule zu Leipzig wurden die Kosten und Einnahmen darauf einstimmig ohne Debatte genehmigt, ebenso für die Kunstgewerbeschule zu Dresden, sowie für die technischen Lehranstalten zu Chemnitz. Bei der Position der Baugewerkenschulen spricht Abg. Uhlmann die Ansicht aus, daß, wenn irgendwo Meisterprüfungen vortheilhaft seien, sie dies für Bauhandwerker wären. Abg. Bebel macht darauf aufmerksam, daß Unglücksfälle auch bei Bauten vorgekommen seien, welche von geprüften Meistern ausgeführt seien. Hierauf wird diese Position bewilligt. Zu den Zeichen-, Fortbildungs- und Fachschulen bezeichnet Abg. v. Polenz das Ergebniß der Deputationsberathung nicht für ausreichend. Nach einigen Ausführungen der Abgg. Wetzlich, Kirbach und Ullrich, sowie des Ref. Abg. v. Oehlschlägel, beschließt die Kammer auch hier den Deputationsanträgen gemäß, die Petitionen des Stadtraths zu Planen nebst Anschlußerklärungen, insoweit darin Erweiterung der kunstgewerblichen Fachzeichnenschule und Errichtung einer kunstgewerblichen Muster- und Vorbildersammlung erstrebt wird, zur Erwägung, im Uebrigen aber zur Kenntnißnahme zu überweisen. Beim Capitel Dresdner Polizeidirection entspinnt sich eine längere Debatte über den folgenden ebenfalls vom Vicepräsidenten Dr. Pfeiffer gestellten Antrag: Die Kammer wolle die Regierung ersuchen: dieselbe wolle demnächst der Ständeversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen, in welchem a) die Verwaltung der Sicherheitspolizei in Städten von über